



BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

11. JAHRGANG • NR. 73

DEZEMBER 2012

STANDPUNKT

- 2 Schwarz-Gelb ist gescheitert

WAHLKREIS

- 3 Bürgerbüro Porz : Herbstempfang und Ausstellung mit Fotografien von Roland Schriefer

KÖLN

- 4 Diskussion zum SPD-Rentenkonzept mit Prof. Karl Lauterbach
- 4 „Fraktion vor Ort“ zum Ausgang der US-Wahlen mit Dr. Klaus Scharioth
- 4 FES-Veranstaltung zur „Zeitung der Zukunft“ am 7. Dezember

BUNDESTAG

- 5 Tätigkeitsbericht 2009-2012
- 6 Bundestagsrede zur Medienpolitik
- 7 Neues Wahlrecht zur Bundestagswahl 2013
- 8 Bundeshaushalt 2013
- 10 Europäisches Industrieforum der SPD-Fraktion
- 11 SPD: Alleinerziehende besser unterstützen
- 12 SPD-Fraktion will Transparenzregeln für Abgeordnete verschärfen
- 12 Schwarz-Gelb von Energiewende überfordert
- 13 Frauenquote in Aufsichtsräten

SPD

- 14 Das neue SPD-Rentenkonzept

INFOS UND IMPRESSUM

- 16 Arbeitsschwerpunkte, Sitzungswochen 2013, Büros, Impressum



Willy-Brandt-Haus

SPD-Rentenkonzept

Infos zum Beschluss des Parteikonvents ab Seite 14

Homepageausgabe • Redaktionsschluss: 26. 11. 2012

Schwarz-Gelb ist gescheitert

Die Beschlüsse der Koalition dienen dem Wahlkampf, nicht der Zukunftsvorsorge

Liebe Leserinnen und Leser,

eine aktuelle **Umfrage** der Forschungsgruppe Wahlen stellt der schwarz-gelben Koalition ein desaströses Zeugnis aus. 70 Prozent der Deutschen sagen, die Regierung Merkel betreibe **Klientelpolitik**. 65 Prozent sind der Ansicht, sie kümmere sich nicht um die **Zukunftsprobleme** des Landes.

Der kürzliche **Koalitionsgipfel** belegte dies eindrucksvoll. Mit Ausnahme der ohnehin auch von allen Oppositionsfraktionen seit längerem geforderten Abschaffung der **Praxisgebühr** wurde nichts Vernünftiges beschlossen. Statt die Lücke bei den **Betreuungsplätzen** für unter 3-jährige Kinder zu schließen, wurde das **Betreuungsgeld** auf den Weg gebracht. Das ist eine bildungspolitisch verfehlte Maßnahme, zumal es gerade bei sozial schwachen Familien einen Anreiz setzt, Kinder nicht in Betreuungseinrichtungen zu geben. Und das nur, um der CSU eine bessere Ausgangslage für die Landtagswahl in Bayern zu verschaffen.

Auch der verabschiedete **Bundshaushalt 2013** ist ein Dokument verpasster Chancen und falscher Weichenstellungen. Dank Strukturreformen und Krisenmanagement der Vorgängerregierungen konnte Schwarz-Gelb bis 2013 über Mehreinnahmen und Minderausgaben von über 126 Milliarden Euro verfügen. Statt aber Zukunftsvorsorge zu betreiben und die Konsolidierungsanstrengungen zu intensivieren, endet man mit einer zweistelligen jährlichen Neuverschuldung und einem Finanzplan, der die Generationenbürde der jährlichen Zinszahlungen von 31 Milliarden Euro in 2013 auf 41 Milliarden Euro in 2016 steigen lässt.

Hinzu kommt zusätzlich ein Griff in die **Reserven der Sozialversicherungen**. So werden dem Gesundheitsfonds bis 2014 rund 6,5 Milliarden Euro entzogen. Und die Rücklagen der Rentenversicherung werden durch eine nicht nachhaltige Beitragssatzsenkung gemindert, statt einen zusätzlichen Puffer für die demografischen Herausforderungen zu schaffen. Geplündert wird zudem die **aktive Arbeitsmarktpolitik**, bei der sich die Einschnitte von 2011 bis 2016 auf 36,5 Milliarden Euro summieren, überwiegend zu Lasten von Maßnahmen für Lang-

zeitarbeitslose. Gleichzeitig zapft Schwarz-Gelb die Investitionsreserve der Förderbank KfW in Höhe von einer Milliarde Euro an, wie schon zuvor der Bahn AG **Investitionsmittel** in Höhe von jährlich 500 Millionen Euro entzogen wurden. Von vorausschauender Politik, die auf die absehbaren konjunkturellen Risiken reagieren könnte, keine Spur.



Die **SPD** setzt hiergegen klare **Prioritäten**: beim Schuldenabbau, bei Bildung, Forschung und Entwicklung, der Handlungsfähigkeit von Kommunen, bei Infrastruktur und Energiewende. Unser **Finanzierungskonzept** unter dem Titel „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung“ sieht einen strukturell ausgeglichenen Haushalt für 2013 bei einer Neuverschuldung von nur 7,8 Milliarden Euro vor.

Der Bund soll nach unseren Vorstellungen jährlich 2 Milliarden Euro mehr in **Bildung** und **Ausbildung** investieren, die Investitionen in **Infrastrukturen** und die **Energiewende** werden um jährlich 3 Milliarden Euro angehoben. Und die finanzielle Situation der **Kommunen** wird mit jährlich 6,4 Milliarden Euro verbessert und durch einen kommunalen Investitionspakt von 2 Milliarden Euro unterstützt.

Diese Maßnahmen werden **solide gegenfinanziert**: im Wesentlichen mit dem wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von Subventionen sowie einer moderat höheren Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, ein höherer Abgeltungssteuersatz für Kapitaleinkünfte und ein höherer Spitzensteuersatz bei der Einkommensteuer tragen zur Konsolidierung des Haushaltes bei.

Fazit: Nicht nur bei der Energiewende, auch beim Haushalt ist Schwarz-Gelb gescheitert. Unsere Alternativen liegen auf dem Tisch. Es ist höchste Zeit für einen Wechsel.

Herzlichst

Ihr

Herbstempfang der SPD-Abgeordneten im Bürgerbüro Porz

„Hundertjährige“: Ausstellungseröffnung mit Fotografien von Roland Schriefer

Wie es mittlerweile schöne Tradition geworden ist, fand am 16. November wieder ein Herbstempfang der SPD-Abgeordneten im Bürgerbüro Porz statt.



Roland Schriefer portraitierte für den Kölner Stadt-Anzeiger Hundertjährige. Seine schönsten Fotografien sind nun im Bürgerbüro Porz zu bewundern

Die dabei eröffnete Ausstellung des Journalisten **Roland Schriefer** unter dem Titel „Hundertjährige“ zeigt Portrait-Fotografien von Menschen, die der Fotograf im Rahmen seiner journalistischen Tätigkeit besuchte. Zitate aus den Gesprächen zieren die Rahmen und regen zum Nachdenken und Schmunzeln an (siehe unten).

Unter den zahlreich erschienen Gästen begrüßten die Abgeordneten **Martin Dörmann** und **Jochen Ott** viele Freunde, Weggefährten und Mandatsträger. Der Porzer Bezirksbürgermeister **Willi Stadoll** und Bezirksamtsleiter **Norbert Becker** waren ebenso erschienen wie die 1. Bürgermeisterin der Stadt Köln, **Elfi Scho-Antwerpes**.



Der Journalist erläuterte den Gästen, was ihn an den alten Menschen besonders faszinierte

Nebenbei konnte Martin Dörmann noch drei kleine Jubiläen feiern: seit 10 Jahren ist er Mitglied des Bundestages und Herausgeber seiner Wahlkreiszeitung „Berlin Depesche“. Seitdem betreibt er auch das Bürgerbüro Porz als Wahlkreisbüro, zunächst zusammen mit dem SPD-Landtagsabgeordneten **Friedhelm Lenz**, nun mit Jochen Ott.



*Hildegard Reitel
(geboren am 8. Juli 1910)
„Die Zeit rennt. Dagegen
hilft nur eins: häkeln.“*



*Freuten sich über einen gelungene Ausstellungseröffnung:
Jochen Ott, Roland Schriefer und Martin Dörmann (v. l.)*

Spannende Diskussionen zu den Themen Rente und US-Wahl

„Forum Bundespolitik“ mit Karl Lauterbach

Im Rahmen der von ihm organisierten Reihe „Forum Bundespolitik“ der Kölner SPD hatte **Martin Dörmann** am 9. November seinen Kölner Fraktionskollegen **Prof. Karl Lauterbach** zu Gast. Der gesundheitspolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion referierte in Mülheim zu den demografischen Herausforderungen und stellte Grundzüge des neuen SPD-Rentenkonzepts dar (siehe hierzu den ausführlichen Bericht in dieser Ausgabe).



„Fraktion vor Ort“ mit Dr. Klaus Scharioth

Auf Einladung der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten besuchte **Dr. Klaus Scharioth**, ehemaliger deutscher Botschafter in Washington und Rektor des Mercator Kollegs für internationale Aufgaben, am 21. November die Domstadt. Thema seines Vortrages war der Wahlausgang in den USA und die Zukunft der transatlantischen Beziehungen.

Im stimmungsvollen Ambiente des „Alten Pfandhaus“ in der Kölner Südstadt begrüßte **Rolf Mützenich**, auch im Namen seiner wegen Berliner Sitzungsterminen verhinderten Kollegen den Ex-Diplomaten und dankte ihm für den regelmäßigen informativen Austausch zwischen Abgeordneten und dem diplo-

matischen Corps in seiner Zeit als Botschafter. In seinem Vortrag thematisierte Scharioth zum Beispiel, dass die Regulierung der Finanzmärkte, die Frage der Weiterverbreitung von Nuklearwaffen oder auch der Klimawandel bestimmende Themen der amerikanischen Außenpolitik und damit auch des transatlantischen Dialogs seien.

Nach der pointierten Analyse der Wahlen und der Darstellung der politischen Agenda der Obama-Administration diskutierte das Publikum konzentriert und engagiert mit den beiden Außenpolitikern. Dr. Klaus Scharioth brachte es nach einer spannenden Diskussion auf den Punkt: „Deutschland alleine kann den Dialog nicht gestalten und Europa wird in den Vereinigten Staaten nur dann Gehör finden, wenn es mit einer Stimme spricht“.



Einladung zu einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung

Zukunft ohne Zeitung – Zeitung der Zukunft

Freitag, 7. Dezember 2012, 18 bis 20 Uhr

Zentrum für Veranstaltungen im MediaPark Köln, Raum 1 -3, Im MediaPark 6, 50670 Köln

Ist das Zeitungssterben unvermeidbar? Immer mehr Leser wenden sich ab. Fast überall sinken die Auflagen, teilweise dramatisch. Viele Journalisten fürchten um ihren Job. Was bedeutet es für die Demokratie, wenn die gute alte Tageszeitung keine Bindewirkung mehr hat? Kann das Netz Print ersetzen?

Begrüßung:

Martin Dörmann, MdB, medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Auf dem Podium:

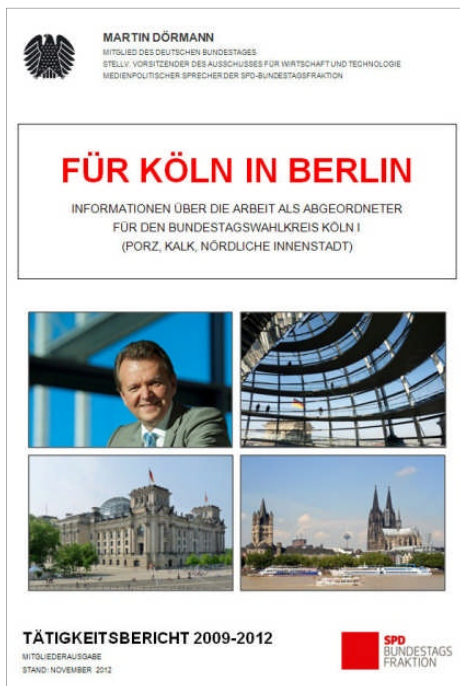
Burkhard von Pappenheim, stellvertretender Chefredakteur, Kölner Stadtanzeiger; **Alfons Pieper**, Journalist und Blogger „Wir in NRW“; **Prof. Dr. Andreas Vogel**, Wissenschaftliches Institut für Presseforschung und Medienberatung, Köln; **Prof. Dr. Stephan Weichert**, Macromedia Hochschule für Medien und Kommunikation, Hamburg, Mitautor der FES-Studie „Innovationsreport Journalismus“

Moderation: **Dirk Müller**, Deutschlandfunk



„Für Köln in Berlin“: Tätigkeitsbericht 2009-2012

Unter dem Titel „Für Köln in Berlin“ ist auf der Homepage der aktuelle Tätigkeitsbericht von **Martin Dörmann** für die Jahre 2009 bis 2012 (17. Wahlperiode des Bundestages) eingestellt. Er enthält Informationen über seine Arbeit als Abgeordneter im Wahlkreis Köln I und zu seinen Schwerpunktthemen in Berlin (Wirtschaft, Medien und Netzpolitik). Zudem wird auch das Mitarbeiterteam in den insgesamt vier Büros vorgestellt.



Nachfolgend eine kleine **Auswahl** der von Martin Dörmann im Bundestag eingebrachten Anträge (17. WP):

- Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern, **Vielfalt der Medienlandschaft** erhalten und **Qualität im Journalismus** stärken (Drucksache 17/10787)
- **Potentiale von WLAN-Netzen nutzen** und Rechtssicherheit für WLAN-Betreiber schaffen (Drucksache 17/11145)
- Für einen neuen Infrastrukturkonsens: Gemeinsam Zukunft planen – **Infrastruktur bürgerfreundlich voranbringen** (Drucksache 17/9156)
- Instrumente zur **Förderung der Medienvielfalt** auf solide **Datenbasis** stellen (Drucksache 17/9155)
- Entwurf eines Gesetzes zur **Stärkung der Pressefreiheit** (Drucksache 17/9144)
- Gesetzentwurf zur Regelung der **Entscheidungslösung im Transplantationsgesetz** (Drucksache 17/9030)

- **Presse-Grosso** gesetzlich verankern (Drucksache 17/8923)
- Impulse für den **Standort Deutschland** – Für eine moderne **Industriepolitik** (Drucksache 17/8572)
- Gesetzentwurf zur Änderung des **Telemediengesetzes (TMG)** (Drucksache 17/8454)
- Chancen nutzen – **Vorsorgende Wirtschaftspolitik** jetzt einleiten (Drucksache 17/8346)
- Entschließungsantrag zum Gesetz zur **Änderung telekommunikationsrechtlicher Regelungen** (Drucksache 17/7527)
- **Schnelles Internet für alle** – Flächendeckende Breitband-Grundversorgung sicherstellen und Impulse für eine dynamische Entwicklung setzen (Drucksache 17/5902)
- **Netzneutralität im Internet** gewährleisten – Diskriminierungsfreiheit, Transparenzpflichtungen und Sicherung von Mindestqualitäten gesetzlich regeln (Drucksache 17/5367)
- **Verbraucherschutz in der Telekommunikation umfassend stärken** (Drucksache 17/4875)
- **Zugangerschwerungsgesetz aufheben** – Verfassungswidrigen Zustand beenden (Drucksache 17/4427)
- Betroffene **Kultureinrichtungen nach Frequenzumstellung** für drahtlose Mikrofone **angemessen entschädigen** (Drucksache 17/3177)
- Für eine Politik der wirtschaftlichen Vernunft – **Nachhaltiges Wachstum und mehr Beschäftigung** schaffen (Drucksache 17/521)



„Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern“

Nachfolgend dokumentieren wir die Plenarrede von **Martin Dörmann** am 18. Oktober 2012 (Auszug). Gegenstand der Debatte war die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der maßgeblich von Martin Dörmann entwickelte Antrag der SPD-Fraktion „Freiheit und Unabhängigkeit der Medien sichern, Vielfalt der Medienlandschaft erhalten und Qualität im Journalismus stärken“ (Drs. 17/10787).

„Mein Fraktionskollege Ingo Eglhoff hat bereits prägnant dargelegt, warum wir heute die GWB-Novelle insgesamt ablehnen werden. Ich möchte aber einige ergänzende Anmerkungen zu den presserelevanten Bestimmungen machen und dabei auch auf den von der SPD-Fraktion vorgelegten Medienantrag eingehen, über den wir heute auch beraten.

Für die SPD-Fraktion ist die Sicherung der Medienfreiheit und der Medienvielfalt von zentraler Bedeutung. Wir begrüßen es deshalb sehr, dass die Koalition unsere Forderung nach einer gesetzlichen Absicherung des Presse-Grosso-Vertriebsystems aufgegriffen hat und die bewährte Möglichkeit von freiwilligen Branchenver-

einbarungen erhält. Das bisherige Presse-Grosso-System verhindert, dass größere Verlage bessere Konditionen als kleine Verlage erhalten, und trägt so entscheidend zu einer vielfältigen, diskriminierungsfreien und flächendeckenden Medienlandschaft bei.

Die vorgesehenen Änderungen beim Pressefusionsrecht sehen wir differenziert. Wegen der besonderen Bedeutung der Presse für die Meinungsbildung und damit für unsere Demokratie ist es wichtig, dass hierfür auch weiterhin strengere Sonderregelungen gelten als im übrigen Wettbewerbsrecht.

Richtig ist andererseits aber auch, dass wir in einer veränderten Medienwelt leben und dass insbesondere die Zeitungsverlage unter besonderen wirtschaftlichen Druck geraten sind. Vor diesem Hintergrund können wir eine vorsichtige Lockerung des Pressefusionsrechts mittragen, soweit hierdurch in einer Gesamtbetrachtung die Medienvielfalt eher gestärkt und eben nicht geschwächt wird.

So halten wir eine Erleichterung bei der Sanierungsfusion in engen Grenzen durchaus für sinnvoll, um defizitäre Zeitungstitel überhaupt noch zu erhalten. Wettbewerbsrechtlich gerade noch vertretbar er-

scheint uns auch eine Erhöhung der Aufgreifschwelen für kartellrechtliche Verfahren. Ich will darauf hinweisen, dass das in der Anhörung des Wirtschaftsausschusses sowohl die Monopolkommission als auch das Bundeskartellamt entsprechend gesehen haben. Sie haben aber auch gleichzeitig betont, dass hierdurch eine rote Linie erreicht sei, und sie haben vor weiteren Änderungen insbesondere bei der Bagatellanschlussklausel gewarnt. Herr Otto, ich habe Ihr schlechtes Gewissen herausgehört. Wir glauben, dass an dieser Stelle die Balance doch nicht mehr stimmt.

Wir kritisieren allerdings scharf, dass die Regierungskoalition einseitig nur auf wettbewerbsrechtliche Regelungen fokussiert

ist und weitergehende, aber notwendige Maßnahmen zur Sicherung der Medienvielfalt und von Qualität im Journalismus verweigert. Die SPD-Fraktion hat hierzu einen umfassenden Antrag vorgelegt. Darin schlagen wir ein Maßnahmenbündel vor, um die Qualität, die Freiheit und die Unabhängigkeit der Medien in einer sich verändernden Medienlandschaft zu sichern. Dies reicht von neuen Modellen zur Finanzierung von Journalismus bis hin zu Fragen der Medienordnung, die man natürlich gemeinsam mit den Ländern angehen muss.

Im laufenden Haushaltsverfahren verweigert die Koalition zudem die Finanzierung und ständige Aktualisierung einer Medienstatistik. Genau die ist aber Voraussetzung für belastbare Daten für zukünftige Entscheidungen.

Insgesamt springt die schwarz-gelbe Koalition auch medienpolitisch deutlich zu kurz.

Wir laden alle Fraktionen ein, mit uns nicht nur beim Presse-Grosso für gemeinsame medienpolitische Lösungen einzutreten bzw. diese zu finden. Unsere Vorschläge jedenfalls liegen auf dem Tisch.“



Überhangmandate sollen vollständig ausgeglichen werden

Der nächste Bundestag wird endlich auf Grundlage eines verfassungskonformen Wahlrechts gewählt! Ende Oktober einigten sich die Fraktionsspitzen von Union, SPD, FDP und Grünen auf eine gemeinsame Linie zum neuen Wahlrecht. Diese sieht vor, dass ab der nächsten Bundestagswahl eventuell anfallende Überhangmandate ausgeglichen werden müssen. Künftig wird der Deutsche Bundestag streng nach dem Proporz des Zweitstimmenergebnisses zusammengesetzt. Überhangmandate können die Mehrheiten im Bundestag damit nicht länger umdrehen.

Vor einem Jahr noch hat die Koalition das Wahlrecht als Machtrecht missbraucht und mit ihrer Mehrheit gegen die Opposition ein für sie günstiges Wahlrecht durchgesetzt. Gegen dieses verfassungswidrige Wahlrecht ist die Opposition nach Karlsruhe gezogen und hat Recht bekommen: Das Bundesverfassungsgericht hat das Wahlrecht von Schwarz-Gelb für verfassungswidrig erklärt.

In der Folge drang die SPD darauf, dass wir zügig ein neues Wahlrecht bekommen – diesmal im Konsens aller Parteien. In die Verhandlungen ist man mit dem Vorschlag gegangen, dass Überhangmandate vollständig ausgeglichen werden müssen. Dieses Ziel hat die SPD nun erreicht.

Künftig werden die Mandate wie folgt verteilt: Jedes Bundesland erhält - das ist neu - ein Kontingent an Mandaten im Deutschen Bundestag nach Maßgabe der dort lebenden Wahlberechtigten oder Einwohner (dies ist noch zu klären). Das bedeutet eine Trennung der Wahlgebiete. Dadurch wird das negative Stimmgewicht minimiert.

Nach der Bundestagswahl wird in einem ersten Schritt errechnet, wie viele Mandate jeder Landesverband aus dem jeweiligen Land in den Bundestag entsenden kann und wie viele Überhangmandate anfallen. In einem zweiten Schritt wird dann berechnet, wie viele Ausgleichsmandate benötigt werden, um den bundesweiten Zweitstimmenproporz wieder herzustellen. Dieses Ausgleichsverfahren entspricht im Wesentlichen dem Gesetzentwurf,

den die SPD-Bundestagsfraktion im Mai 2011 in den Bundestag eingebracht hat.

Aus welchen Bundesländern die Ausgleichsmandate besetzt werden, hängt vom Wahlergebnis ab. In 2009 hätten beispielsweise 10 Landesverbände der SPD Ausgleichsmandate erhalten.

In Medien und Bevölkerung wurde in den vergangenen Wochen kritisiert, der Bundestag werde durch das Ausgleichsverfahren unbotmäßig anwachsen. Ein moderates Anwachsen ist leider unvermeidbar und der Preis dafür, dass Überhangmandate ausgeglichen werden. Allerdings wird der Bundestag

durch die Ausgleichsmandate nicht übermäßig anwachsen.

Nach derzeitigen Umfragen gäbe es 648 Sitze im Bundestag (davon 18 Überhangmandate), das sind 26 mehr als nach dem alten Wahlrecht und auch 26 mehr als nach der letzten Wahl. Die Horrorszenarien, die allenthalben in der Presse zu lesen sind, sind

derzeit nicht realistisch. Das räumen selbst die Autoren dieser Szenarien ein. Gleichwohl hat man sich darauf verständigt, das Ergebnis der nächsten Wahl sorgfältig zu evaluieren und in der nächsten Legislaturperiode ggf. Gegenmaßnahmen zu ergreifen.

Zur Wahrheit gehört auch: In den Verhandlungen hat sich die SPD für ein Ausgleichsmodell eingesetzt, das die Größe des Bundestages niedriger gehalten hätte. Gegen dieses Modell hat sich die Union heftig gewehrt, weil es aus ihrer Sicht zu föderalen Proporzstörungen geführt hätte. Sicherlich hätte auch eine Vergrößerung der Wahlkreise die Anzahl der Sitze im Bundestag niedrig gehalten. So kurz vor der Bundestagswahl stand das aber nie ernsthaft zur Debatte.

Im europäischen Vergleich steht Deutschland nach wie vor gut da: Jeder Abgeordnete repräsentiert derzeit mehr Einwohner als in jedem anderen europäischen Land. Daran ändert sich auch nach der Wahlrechtsänderung nicht viel. Mit Ausnahme von Spanien gibt es nirgends in Europa eine so hohe Bevölkerungszahl pro Parlamentssitz wie in Deutschland.



Ein schwarz-gelbes Dokument verpasster Chancen

Der Deutsche Bundestag hat am 23. November mit den Stimmen der Regierungskoalition das Haushaltsgesetz für 2013 verabschiedet. Es erweist sich als Dokument verpasster Chancen, auch weil die Neuverschuldung viel geringer hätte ausfallen können.

Mit großen Ankündigungen ist die Regierung von **Angela Merkel** in die Haushaltsberatungen 2013 gestartet – und wieder einmal hart gelandet. Im nächsten Jahr wird die Koalition neue Schulden von 17,1 Milliarden Euro aufnehmen. Das sind zwar 1,7 Milliarden Euro weniger als im Regierungsentwurf geplant. Jedoch hätte die Neuverschuldung allein aus automatischen Haushaltsverbesserungen gegenüber dem Regierungsentwurf um rund 3 Milliarden Euro auf 15,8 Milliarden Euro sinken müssen.

Die Koalition hat mit Buchführungstricks Einnahmen aus der Privatisierung von Bundesvermögen von 2012 nach 2013 verschoben und sich so 1,1 Milliarden Euro zusätzlich gesichert. Weitere 500 Millionen Euro entnimmt Schwarz-Gelb aus dem Gesundheitsfonds und 320 Millionen Euro aus der Rentenkasse, indem der Rentenbeitrag auf 18,9 Prozent gesenkt wird. Im Jahr 2014 verschiebt die Koalition sogar weitere 2 Milliarden Euro aus dem Gesundheitsfonds in den Haushalt.

Die Merkelsche Plünderung der Nachhaltigkeits- und Sicherungsreserve unserer sozialen Sicherungssysteme verschiebt damit Belastungen in die Zukunft – eine verantwortungslose und kurzsichtige Politik. Der Griff in die Sozialkassen bei Rente und Gesundheit zehrt Polster für schlechtere Zeiten auf. Sogar vor den Gewinnen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) macht diese Bundesregierung nicht Halt. Die Förderbank des Bundes und der Länder hat den Auftrag, wichtige Wirtschaftsförderungsprogramme zu verwirklichen; herausragende Beispiele sind das CO₂-Gebäudesanierungs-

programm oder der altersgerechte Umbau von Wohnungen. Es war unter anderem die KfW, die in den Krisenjahren 2009 und 2010 eine Kreditklemme in Deutschland verhinderte.

Dabei konnte die Bundesregierung bereits im Jahr 2012 knapp 4,5 Milliarden Euro Steuernehreinnahmen verbuchen und sparte knapp 4,3 Milliarden Euro an Zinsausgaben – ein Trend, der sich, etwas schwächer, im nächsten Jahr noch fortsetzen wird. Allein durch Nichtstun könnte die Neuverschuldung also um eine weitere Milliarde sinken. Hinzu kommt: Das so genannte Sparpaket aus dem Jahr 2010 wurde bestenfalls zur Hälfte in die Tat umgesetzt, wobei die entsprechenden Einschnitte überwiegend die Arbeitslosen und Menschen mit niedrigen Einkommen treffen.

Trotz steigender Staatsverschuldung nutzt **Wolfgang Schäuble** die Zinsausgaben als Konsolidierungsrendite, ohne Vorsorge für die Zukunft zu treffen. Gegenüber den geplanten Zinsausgaben im ersten Finanzplan unter seiner Verantwortung beträgt die Differenz inzwischen fast 11 Milliarden Euro. Durch die verstärkte Vergemeinschaftung von Schulden in der Eurozone über die Europäische Zentralbank (EZB), werden auch für Deutschland die Refinanzierungskosten am Kapitalmarkt zukünftig steigen.

In den parlamentarischen Beratungen hat sich gezeigt, dass der Koalition für strukturelle Maßnahmen die politische Kraft fehlt. Nur Trickserien helfen der schwarz-gelben Regierung, in die Nähe der eigenen Ziele zu gelangen. Gleichzeitig beschließt die Regierungskoalition zusätzliche Ausgaben für Wahlgeschenke und unsinnige neue Leistungen wie das Betreuungsgeld. Einige Ausgaben, z. B. für Rad-dampfer und Militärmuseen, läuten den Wahlkampf ein.



Passend zur Haushaltspolitik der schwarz-gelben Koalition war der Reichstag im November in Nebel gehüllt

Gerade weil Bundeskanzlerin Merkel und Bundesfinanzminister Schäuble die Euro-Mitgliedstaaten stets zu größeren Konsolidierungsanstrengungen mahnen, hätten sie mit gutem Beispiel vorangehen und den Bundeshaushalt auf solide Füße stellen müssen. Bundesfinanzminister Schäuble wird in seiner Amtszeit insgesamt etwa 120 Milliarden Euro an neuen Schulden hinterlassen. Allein diese „Schäuble-Schulden“ erfordern jährliche Zinszahlungen von über 2 Milliarden Euro, das sind knapp 6 Millionen Euro Steuergelder pro Tag, die im nächsten Jahr an Finanzinvestoren gezahlt werden müssen und für die Zukunft Deutschlands, für Bildung und Infrastruktur, fehlen.

Konsolidierungspolitik ist dann erfolgreich, wenn sie auf drei starken Säulen gründet: Einnahmeverbesserungen, Ausgabenkürzungen und ein solides Wirtschaftswachstum. Diese qualitative Konsolidierungspolitik muss prägend für den Bundeshaushalt 2013 und Leitmotiv für die kommenden Jahre der Finanzplanung sein.



Die SPD hat mit ihrem Finanzierungskonzept „Nationaler Pakt für Bildung und Entschuldung. Wir denken an Morgen!“ einen soliden Plan für einen strukturell ausgeglichenen Haushalt mit einer deutlich geringeren Neuverschuldung in Höhe von nur 7,8 Milliarden Euro für 2013 vorgelegt. Gezieltes, nachhaltiges Wachstum bleibt der beste Garant für solide Staatsfinanzen. Dazu braucht es Wachstum durch gezielte Investitionen und aktive Konjunkturpolitik. Der Bildungs- und Forschungsstandort Deutschland muss ausgebaut werden. Die wirtschaftlichen Ungleichgewichte zwischen den Euro-Mitgliedstaaten müssen auch dadurch bekämpft werden, dass die Binnennachfrage in Deutschland gesteigert wird. Das geht am besten, indem für gerechte Arbeit auch ein gerechter Lohn gezahlt wird, sichergestellt durch die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde.

Für eine sozial ausgewogene und gerechte Konsolidierungspolitik

Mit unserem Finanzierungskonzept wird Deutschland über einen Zeitraum von fünf Jahren zukunftsfähiger. Das Konzept umfasst den wirtschafts- und sozialverträglichen Abbau von Subventionen, die

Modernisierung der Verwaltung sowie eine moderate Erhöhung der Steuerbelastung für sehr hohe Einkommen und Vermögen. Denn nur solidarisch werden wie den Wendepunkt in Deutschland hin zu Zukunftsausgaben und Entschuldung schaffen, und dazu gehört, dass starke Schultern mehr auf diesem Weg tragen. Wir machen uns ehrlich.

Neben Mitteln für Zukunftsinvestitionen wirkt die SPD so auch der wachsenden Ungleichheit in

Deutschland entgegen. Nur eine sozial ausgewogene und gerechte Konsolidierungspolitik wird in der Bevölkerung akzeptiert werden. Auch bei Abbau von Schulden muss das Prinzip der Solidarität gelten: Starke Schultern müssen auch hier mehr Lasten tragen als schwache. Außerdem sorgen wir für die

Kommunen. Sie sind Lebensmittelpunkt der Bürgerinnen und Bürger und sorgen für die wichtigsten öffentlichen Güter. Aufgrund der angespannten kommunalen Finanzlage ist zu befürchten, dass Schulen nicht saniert, Bibliotheken und Schwimmbäder geschlossen werden müssen und öffentliche Einrichtungen ihre Funktionen nicht mehr hinreichend erfüllen können. Deshalb sieht das SPD-Finanzierungskonzept eine Verbesserung der kommunalen Finanzen vor. Einerseits werden die Einnahmen gestärkt, andererseits übernimmt der Bund stufenweise die Kosten für die Grundsicherung im Alter. Insgesamt stehen den Kommunen damit knapp 6,4 Milliarden Euro im ersten Jahr, in dem das Konzept wirkt, zur Verfügung, die im vierten Jahr auf etwa 9 Milliarden Euro aufwachsen

Zugleich sieht das Konzept Maßnahmen für aktive Wachstums- und Konjunkturpolitik vor. Aufsteigend ab dem Jahr 2013 werden 2 Milliarden Euro jährlich zusätzlich in Bildung investiert und 3 Milliarden Euro pro Jahr ab 2013 für zusätzliche Investitionen in die Energiewende, in Infrastruktur und Forschung.

Wir wissen: Die Zukunft Deutschlands liegt in guten Kitas, Schulen und Hochschulen. In guter Infrastruktur, in der Förderung von Investitionen für unsere kleinen und mittleren Unternehmen des Mittelstands und im Schuldenabbau, damit das Geld nicht länger für Zinsen ausgegeben werden muss.

„Wir brauchen eine stärkere Koordinierung in Europa“

Auf Einladung von **Frank-Walter Steinmeier** sind 150 hochrangige Entscheiderinnen und Entscheider von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa nach Berlin gekommen, um sich über eine zukunftsfähige Industriepolitik auszutauschen.

Die SPD-Bundestagsfraktion hatte schon im Frühjahr 2010 die Konsequenz aus der politischen Fehldiagnose der Bundesregierung über die Ursachen der Eurokrise gezogen und einen Kurswechsel gefordert:

nicht die Belastung der Steuerzahler für die Rettung von Banken, sondern die Besteuerung der Finanzmärkte als Verursacher der Krise. Nicht Kürzungen allein, und keine Kürzungen ausgerechnet in den Investitionshaushalten, die Zukunft schaffen, sondern höhere Investitionen in die Zukunft, damit die Wirtschaft wieder wachsen und Europa gesunden kann.

Strukturreformen der Verwaltungen und der Arbeitsmärkte, aber gepaart und gekoppelt mit neuen Investitionsimpulsen, damit keine rezessive Abwärtsspirale, sondern eine dynamische Aufwärtsbewegung entsteht. Nichts anderes hat Deutschland in den letzten zehn Jahren getan, um aus einer Phase wirtschaftlicher Schwäche herauszukommen. Ein umfassendes Konzept aus fiskalischer Konsolidierung, neuem Wachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist jetzt auch in Europa das Gebot der Stunde.

Strukturreformen der Verwaltungen und der Arbeitsmärkte, aber gepaart und gekoppelt mit neuen Investitionsimpulsen, damit keine rezessive Abwärtsspirale, sondern eine dynamische Aufwärtsbewegung entsteht. Nichts anderes hat Deutschland in den letzten zehn Jahren getan, um aus einer Phase wirtschaftlicher Schwäche herauszukommen. Ein umfassendes Konzept aus fiskalischer Konsolidierung, neuem Wachstum und Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ist jetzt auch in Europa das Gebot der Stunde.

Weichenstellung Richtung Realwirtschaft

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass Länder mit starken Industrien besser durch den Wirtschaftseinbruch gekommen sind als solche, die einseitig auf Finanzdienstleistungen gesetzt haben. Im Frühjahr 2012 hat Frank-Walter Steinmeier deshalb seinen Plan „Gemeinsam stärker“, mit der Strategie einer industriellen Erneuerung Europas vorgelegt: Die Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer soll mit einer Weichenstellung in Richtung Realwirtschaft verbunden werden, höheren Investitionen in technologische Innovationen, Verbundstärken und Infrastrukturen der europäischen Industrie.

Zahlreiche Vertreter von Unternehmen und Gewerkschaften haben auf diese Initiative reagiert. Außerdem konnte die SPD wesentliche Forderungen dieses Plans in den Verhandlungen über den Fiskalpakt mit der Bundesregierung durchsetzen. Im Juni beschloss der Europäische Rat die Besteuerung der Finanzmärkte und den Wachstums- und Beschäftigungspakt.



Eine neue Industriestrategie für Europa

Mit dem ersten Europäischen IndustrieForum in Berlin will die SPD-Bundestagsfraktion

die Umsetzung einer neuen Industriestrategie für Europa voranbringen. Frank-Walter Steinmeier und die Vorsitzenden von IG Metall, IG BCE sowie dem europäischen und dem internationalen Dachverband der Industriegewerkschaften, **Berthold Huber** und **Michael Vassiliadis**, haben dazu ein Memorandum für eine „Allianz zur industriellen Erneuerung Europas“ vorgelegt.

Zum Europäischen IndustrieForum sind 150 hochrangige Entscheider von Unternehmen, Gewerkschaften und Politik aus Deutschland und Europa gekommen. WTO-Generaldirektor **Pascal Lamy** (Rede), **Louis Gallois**, **Dieter Zetsche** von Daimler, **Michael Süß** von Siemens, **Thomas Enders** von EADS, **Gérard Mestrallet** vom größten französischen Energieversorger GDF Suez, **Berthold Huber**, **Frank Bsirske** und viele andere diskutierten mit dem französischen Wirtschafts- und Finanzminister **Pierre Moscovici**, dem SPD-Kanzlerkandidaten **Peer Steinbrück** und mit SPD-Fraktionschef Frank-Walter Steinmeier, wie Europa mit neuer Stärke aus der Krise kommt und sein Modell nachhaltigen Wohlstands global behaupten kann.

Es gehe, so Steinmeier, um eine Vergewisserung über den Weg zu wirtschaftlichem Erfolg. „Wir brauchen eine stärkere Koordinierung in Europa“, sagte Peer Steinbrück. „Europas Wohlstand ist davon abhängig.“

Neue Strategien für eine bessere Förderung

Von den 8,2 Millionen Familien mit Kindern in Deutschland war 2009 laut Mikrozensus fast jede fünfte Familie (19 Prozent) eine Familie mit nur einem Elternteil. Also mit einer alleinerziehenden Mutter oder einem alleinerziehendem Vater. Insgesamt gab es 1,6 Millionen Alleinerziehende. Der Anteil der Alleinerziehenden ist mit 27 Prozent in Ostdeutschland deutlich höher als in Westdeutschland mit 17 Prozent. 2,2 Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre leben in alleinerziehenden Haushalten. 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen.

Alleinerziehende sind in besonderer Weise auf die Unterstützung von Staat und Gesellschaft angewiesen. Um ihre Lebenssituation zu verbessern und ihren Kindern Chancengleichheit zu ermöglichen, bedarf es der richtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen. Insbesondere alleinerziehende Frauen haben mit Diskriminierung am Arbeitsmarkt und mit der mangelhaften Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu kämpfen. Es ist falsch, alle Alleinerziehenden und ihre Kinder als soziale Problemgruppe wahrzunehmen. Sie leisten täglich mehr als andere, um ihren Alltag zu organisieren. So müssen sie bei höherer Erwerbsarbeitszeit im Vergleich zu Paarhaushalten die Anforderungen an Hausarbeit und Kinderbetreuung ohne Hilfe eines Partners bewältigen.

37 Prozent der alleinerziehenden Mütter sind vollzeiterwerbstätig. Dazu muss die Kinderbetreuung sichergestellt sein. Eine Studie des Instituts der Deutschen Wirtschaft vom März 2012 belegt, dass ein flächendeckendes Angebot an Ganztagsbetreuungsplätzen 110.000 Alleinerziehende in Arbeit bringen könnte. Damit wären 175.000 Kinder finanziell besser gestellt, und sie hätten bessere Bildungschancen.

Ein ganzes Maßnahmenbündel ist notwendig, das sich an den Wünschen, Bedürfnissen und zeitlichen Ressourcen von Alleinerziehenden orientiert. Dazu hat die SPD-Bundestagsfraktion ihren Antrag „Alleinerziehende besser unterstützen“ (Drs. 17/11032) in den Bundestag eingebracht, der am 26. Oktober 2012 im Parlament beraten wurde.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Alleinerziehenden einen besseren Zugang zu sozialer Infrastruktur zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem die Kinderbetreuung. Zudem brauchen Alleinerziehende neue Arbeitszeitmodelle, um Familie und Beruf besser miteinander vereinbaren zu können. Ein Rechtsanspruch auf Teilzeitausbildung und das Nachholen eines Schulabschlusses sowie die Beratung über Qualifikationsbedarf sollen gesichert werden. Ehe- und familienbezogene Leistungen sollen auf Ungleichbehandlung von Alleinerziehenden überprüft werden.

Des Weiteren hat die SPD-Bundestagsfraktion den Antrag „Neue Strategien für eine bessere Förderung von Alleinerziehenden in der Grundsicherung“ (Drs. 17/11038) eingebracht.

Alleinerziehende in der Grundsicherung besser fördern

Immer noch sind Alleinerziehende, insbesondere Frauen, wesentlich öfter auf Arbeitslosengeld II angewiesen (41 Prozent) als Familien mit beiden Elternteilen (acht Prozent), obwohl Alleinerziehende Frauen häufiger erwerbstätig sind als Mütter mit Partner. Das trifft vor allem auf Vollzeitbeschäftigte zu.

Ein Viertel der Alleinerziehenden versorgt Kinder unter drei Jahren. Ihnen ist laut Sozialgesetzbuch Erwerbsarbeit nicht zuzumuten. Im Dezember 2011 waren es knapp 90.000 Alleinerziehende. Ein weiteres Viertel hat Kinder im Alter zwischen drei und sieben Jahren. Ein Drittel der Alleinerziehenden besteht aus sogenannten „Aufstockerinnen“, die trotz Erwerbsarbeit Arbeitslosengeld II beziehen und arbeitsmarktpolitisch wenig Förderung erfahren.

Ein großes Problem für die Alleinerziehenden ist neben der mangelnden Akzeptanz durch die Arbeitgeber unzureichende Kinderbetreuungsmöglichkeiten. Sie brauchen häufig aufgrund ihrer Berufsfelder (Einzelhandel, Fertigungsberufe oder Reinigungspersonal) flexible Betreuungsstrukturen – die es nur selten gibt.

Alleinerziehende werden deutlich weniger bei Beschäftigung schaffenden Maßnahmen und beschäftigungsbegleitenden Maßnahmen berücksichtigt. Auch bei den Maßnahmen zur Förderung der Berufsausbildung liegt erheblich unter ihrem Anteil an den Arbeitslosen dieser Altersgruppe. Ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben sich kaum verbessert.

In ihrem Antrag fordert die SPD-Bundestagsfraktion die Bundesregierung auf, Frauen dabei zu unterstützen, den Bezug von Arbeitslosengeld II schneller verlassen zu können. Dazu ist die Gleichstellungspolitik besser in der Bundesagentur für Arbeit zu verankern. Maßnahmen der Arbeitsagentur sollen auch in Teilzeit angeboten werden. Darüber hinaus sollen Alleinerziehende einen Rechtsanspruch auf Qualifizierung und Weiterbildung während der ersten drei Lebensjahre ihres Kindes erhalten. Zudem soll ein Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder, die älter als drei Jahre oder Schulkinder sind, gelten. Neue Partner von Alleinerziehenden sollen erst nach einem Jahr Teil der Bedarfsgemeinschaft werden. Zudem fordern die Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten die Einführung eines gesetzlichen und flächendeckenden Mindestlohns von 8,50 Euro pro Stunde, um die Zahl der Aufstockerinnen zu verringern.

Nebeneinkünfte von Abgeordneten

SPD-Fraktion für Verschärfung der Transparenzregeln

Es war die SPD, die gemeinsam mit dem grünen Koalitionspartner 2005 erstmals dafür gesorgt hat, dass die Abgeordneten ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten der Öffentlichkeit bekannt machen müssen. CDU, CSU und FDP wollten damals keine Veröffentlichungspflicht und stimmten dagegen. Dank dieser damaligen Initiative müssen alle Abgeordneten jetzt ihre Einkünfte aus Nebentätigkeiten veröffentlichen, und zwar in pauschalierter Form in drei Stufen. Die SPD-Fraktion hatte weitere Anläufe unternommen, die Regeln zu präzisieren, doch bis heute gibt es keine Einigung mit Union und FDP.

Die aktuellen Forderungen der SPD-Bundestagsfraktion lauten:

- Wir wollen, dass die Einkünfte aus Nebentätigkeiten auf Euro und Cent nicht nur dem Bundestagspräsidenten gemeldet, sondern von diesem auch veröffentlicht werden müssen.
- Die Transparenzregeln dürfen nicht umgangen werden. Eine Untergrenze von 10.000 Euro im Jahr ist nur dann akzeptabel, wenn alle Einkünfte – auch die die unter 10.000 Euro liegen – angezeigt und veröffentlicht werden müssen, sobald die Einkünfte diese Summe im Jahr übersteigen.
- Schutzwürdige Interessen Dritter bleiben gewahrt. Soweit gesetzliche Zeugnisverweigerungsrechte oder Verschwiegenheitspflichten bestehen, muss der Abgeordnete über den Vertragspartner keine Angaben machen. Rechtsanwälte müssen daher Einzelheiten aus ihrem Mandantenverhältnis nicht offen legen.

- Transparenzregeln müssen besser als bislang durchgesetzt werden. Dazu müssen die Sanktionen spürbar verschärft werden. Werden Nebentätigkeiten verschwiegen, sollte die Höhe der Einkünfte aus diesen Tätigkeiten von den Diäten unter Beachtung der Pfändungsfreigrenzen abgezogen werden.
- Es bedarf eines Lobbyregisters für den Deutschen Bundestag, in dem Lobbyisten ihre Finanzierung offen legen müssen.
- Die SPD wird in der nächsten Wahlperiode das Informationsfreiheitsgesetz modernisieren und die Auskunftsrechte der Bürgerinnen und Bürger gesetzlich erweitern.
- Abgeordnetenbestechung muss unter Strafe gestellt werden. Bisher ist nur der Stimmenkauf strafbar, nicht aber die Bestechung des Abgeordneten.
- Die SPD-Fraktion will eine Höchstgrenze für Parteispenden von 100.000 Euro pro Spender im Jahr.

Schwarz-Gelb von Energiewende überfordert

Schlechtes Management treibt Energiepreise an

Dreimal stand in dieser Sitzungswoche das schwarz-gelbe Versagen bei der Umsetzung der Energiewende auf der Tagesordnung. Am 19. Oktober diskutierte der Bundestag die Große Anfrage der SPD-Fraktion sowie Anträge von Grünen und Linken. Schwarz-Gelb versucht, seitdem klar wurde, dass die Umlage für die Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG-Umlage) sich auf 5,3 Cent erhöht, ihr eigenes Versagen Rot-Grün in die Schuhe zu schieben.

Erst Mitte Februar will die Bundesregierung die Große Anfrage der SPD-Fraktion (Drs. 17/10366) beantworten. Das verwundert nicht, denn wer kein Konzept für die Energiewende hat, der kann auch keine Antworten zu den Plänen für den Preisbildungsmechanismus an der Strombörse oder zur Finanzierung, Wirtschaftlichkeit und den sozialen Folgen der energetischen Gebäudesanierung beantworten.

Die Kanzlerin fahre seit vier Jahren einen Zickzack-Kurs in der Energiepolitik. Erst sei sie als Klimakanzlerin von Gipfel zu Gipfel geeilt, dann sei sie Laufzeitverlängerungskanzlerin gewesen, um nach Fukushima zur Energiewendekanzlerin zu werden, warf SPD-Fraktionsvize **Hubertus Heil** Kanzlerin An-

gela Merkel vor. Er machte sie auch verantwortlich für das „grottenschlechte Management“ der Energiewende, das die Preise in die Höhe treibe. Merkel schau dem Treiben von Wirtschaftsminister und Umweltminister zu, anstatt vom Kanzleramt aus zu steuern. Als Industriepolitiker sehe er, so Heil, große Chancen, dass Deutschland zum „Ausrüster der Welt“ und zum Vorbild „beim Management der Energiewende“ werden könne. Doch der Umweltminister habe kein Konzept, was **Peter Altmaier** in der ARD-Talkshow Beckmann eingestanden habe. Er sprach der schwarz-gelben Koalition die Kraft zur Umsetzung der Energiewende ab. Die würde allerdings versuchen, anderen die Schuld in die Schuhe zu schieben.

Bei Bund und Ländern passt nichts zusammen

Der Ausbau der Erneuerbaren Energien müsse jetzt stärker vorangebracht und mit dem Netzausbau synchronisiert werden. Doch Schwarz-Gelb habe auch keine Vorstellung vom Energiemarktdesign. Auch die Ablehnung der Gründung einer Deutschen Netz AG, wie es die SPD vorgeschlagen habe, räche sich jetzt beim Netzausbau. Darüber hinaus kritisierte Heil die Ausweitung der EEG-Umlage-Befreiung,

die Rot-Grün nur auf stromintensive Exportunternehmen beschränkt hatte. Zudem liege es am fehlenden Masterplan und 16 separaten Landesplänen für die Energiewende, dass nichts zusammenpasse.

SPD-Fraktionsvize **Ulrich Kelber** kritisierte, dass die Bundesregierung die vor drei Monaten von der SPD eingebrachte Große Anfrage mit 135 Fragen zu den Grundlagen und Kosten der Energiewende nicht in den üblichen sechs Wochen, sondern erst Mitte Februar beantworten werde. Dabei sei es auch darum gegangen, mit welchen Maßnahmen, die Regierung den Anstieg der EEG-Umlage verhindern wolle. Kelber folgerte daraus: „Wer die Grundlagen nicht kennt, der kann auch keine Entscheidung fällen“. Selbst der umstrittene EU-Energiekommissar **Günther Oettinger** (CDU) stelle die Energiepolitik der Bundesregierung in Frage. Kelber berichtete von

seinem Gespräch mit dem deutsch-norwegischen Netzwerk, die erklärt hätten, nicht mehr in deutsche Stromnetze investieren zu wollen, weil sich ständig die Bedingungen ändern würden. Zudem würden einige in der Koalition schon wieder vom Ausstieg aus dem Ausstieg hinsichtlich der Atomenergie reden. Er fand es auch bezeichnend, dass die Bundesregierung die Befreiung von Unternehmen von der EEG-Umlage bis zum 31. Juli 2014 überprüfen wolle – für deren Ausnahmeregelung die Verbraucherinnen und Verbraucher zahlen müssten.

Kelber forderte die Bundesregierung auf, die Flickschusterei und Schaufensterpolitik zu unterlassen und endlich eine konsistente Planung für die Energiewende vorzulegen und den Strommarkt neu zu regeln.

Frauenquote in Aufsichtsräten

SPD und Grüne bringen gemeinsamen Gesetzentwurf ein

2013 ist das „Superwahljahr“ für Aufsichtsräte. Viele Posten werden neu besetzt. In den DAX-30-Konzernen werden rund 80 Aufsichtsratsmitglieder von den Hauptversammlungen neu bestellt. Außerdem stehen auch in zahlreichen M-DAX, S-DAX und Tec-DAX-Unternehmen Neuwahlen an. Deshalb wollen SPD und Grüne im Bundestag ein Zeichen für die Einführung einer Frauenquote in Führungsetagen setzen. Dazu haben sie den Hamburger Gesetzentwurf, den der Bundesrat mit den Stimmen der CDU-regierten Länder Saarland und Sachsen-Anhalt beschlossen hat, in den Bundestag eingebracht.

In den Aufsichtsräten deutscher Unternehmen sind nur ein Zehntel Frauen vertreten. Das widerspricht dem Gleichheitsgrundsatz, der im Grundgesetz seit mehr als 60 Jahren verankert ist. Der Ausbildungsstand von Frauen im Vergleich zu dem der Männer in den für die Führung relevanten Bereichen rechtfertigt dieses Ungleichgewicht nicht. Die Mehrheit der Führungskräfte hat eine juristische oder wirtschaftswissenschaftliche Ausbildung. Hier liegt der Anteil weiblicher Absolventinnen über dem männlicher Absolventen. Deshalb muss davon ausgegangen werden, dass traditionelle Denk- und Verhaltensmuster einen höheren Anteil weiblicher Führungskräfte verhindern.

Es wird Zeit, dass die Führungsetagen in Deutschland weiblicher werden. Der Versuch, das über eine Selbstverpflichtung der Wirtschaft zu erreichen, war nicht erfolgreich. Die schwarz-gelbe Koalition ist uneins wie in so vielen Fragen. Während Arbeitsministerin **Ursula von der Leyen** (CDU) durchaus für eine Quote ist, hat Frauenministerin **Kristina Schröder** (CDU) die Flexiquote erdacht, die ebenfalls auf Freiwilligkeit der Wirtschaft setzt und somit ein weiterer zahnlöser Tiger wäre. Auch eine Reihe von Unions-Frauen ist für die Einführung einer gesetzlichen Frauenquote; sie hatten dazu auch eine Unterredung mit dem Unions-Fraktionschef **Volker Kauder**. Die FDP lehnt die Frauenquote als Einschränkung der Wirtschaft ab. Im September hat der Gesetzentwurf aus Hamburg die Mehrheit im Bundesrat für eine Frauenquote in Aufsichtsräten mit den Stimmen aus den CDU-

regierten Ländern Saarland und Sachsen-Anhalt erzielt. Das war eine erste wichtige Etappe.

40 Prozent Frauen in die Aufsichtsräte

Die Fraktionen von SPD und Grünen übernehmen den Gesetzentwurf aus Hamburg und bringen ihn in den Bundestag ein. Er sieht die Einführung einer gesetzlichen Mindestquote für die Besetzung von Aufsichtsräten mit Frauen und Männern vor. Lange Übergangsfristen und eine zweistufige Einführung von zunächst 20 Prozent und 40 Prozent in der Endstufe gewährleisten eine breite Akzeptanz durch die betroffenen Unternehmen. In einem Zeitraum von elf Jahren können sie weibliche Führungskräfte rekrutieren und vorbereiten. Bis 2018 sollen mindestens 20 Prozent der Aufsichtsratsmandate mit Frauen besetzt sein, und zwar auf Arbeitnehmer wie auf Arbeitgeberseite. Bis 2023 soll ihr Anteil 40 Prozent erreichen. Nur wenn ein Unternehmen nachweist, dass keine geeignete Frau zur Verfügung steht, kann von der Quote abgewichen werden. Ansonsten greifen Sanktionen, die vergleichsweise milde sind. So sollen Aufsichtsratsvergütungen bei der Körperschaftsteuer nicht mehr steuermindernd geltend gemacht werden. Darüber hinaus gewährleisten Berichte, dass die Öffentlichkeit die Entwicklungen verfolgen kann.

SPD und Grüne haben in ihren bisherigen Initiativen eine schnellere Einführung, eine höhere Quote sowie stärkere Sanktionsmöglichkeiten angestrebt. Das tun sie auch weiterhin. Doch der eingebrachte Hamburger Gesetzentwurf stellt einen Kompromiss dar, der geeignet ist, einen breiten Konsens in Politik, Gesellschaft und Wirtschaft herzustellen. Nun können alle Mitglieder des Deutschen Bundestages, die sich auch in den Koalitionsreihen positiv zur Frauenquote geäußert haben, einen ersten minimalen Schritt gehen. Sie müssen nur den Mut haben, Farbe für die Frauen zu bekennen. Und zwar so wie sie es bei der Berliner Erklärung, die viele Frauen aus der Union sowie ihnen nahstehende Unternehmerinnen unterzeichnet haben, gemacht haben. Es ist wichtig, endlich einen Anfang bei der Einführung einer Frauenquote zu machen.

Das neue SPD-Rentenkonzept

Kurzüberblick und Argumente. Von Anton Schaaf, MdB

Einstimmig bei nur vier Enthaltungen hat am 24. November 2012 der SPD-Parteikonvent in Berlin unser neues Rentenkonzept beschlossen: „Die SPD-Rentenpolitik: Arbeit muss sich lohnen!“. Der lange Vorbereitungsprozess und die vielen guten Diskussionen haben sich gelohnt. Ideologische und technokratische Erwägungen treten in den Hintergrund; wir haben an die Bedürfnisse der Menschen und an die volkswirtschaftliche Zukunft gedacht. Nach dem Ringen um die besten Lösungen, können wir uns nun den politischen Gegnern stellen, die nichts Vergleichbares vorweisen können. Das sind die Beschlüsse:

Für ein armutsfestes lebensstandardsicherndes Einkommen

- **Nur aus guten Löhnen werden gute Renten!** Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn von 8,50 Euro, die Stärkung der Tarifbindung und das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ durchsetzen. Prekäre Beschäftigungsverhältnisse müssen zurückgedrängt werden: Gegenwärtig beziehen 350.000 Vollzeitbeschäftigte zusätzliche Leistungen des Arbeitslosengelds II. Ein Alleinstehender erwirbt daraus im Höchstfall eine monatliche Rentenanwartschaft von ca. 11 Euro im Jahr.
- **Das Rentenniveau:** bleibt bis zum Ende des Jahrzehnts stabil bei rund 50%. 2020 gilt es neu zu bewerten, wie die Ankopplung der Renten an die Erwerbseinkommen vorzunehmen ist. Eine Überprüfung schreibt auch das Gesetz vor. Wir wollen eine wachsende Sicherungslücke in der gesetzlichen Rente verhindern. Würde heute die für die Zeit nach 2030 prognostizierte untere Haltgrenze von 43% gelten, müsste ein Durchschnittsverdiener rund 5 Jahre länger arbeiten (33 statt 27 Jahre), um eine Rente in Höhe der Grundsicherung zu erreichen.
- **Eine Solidarrente:** von 850 Euro erhält zukünftig, wer auch nach 30 Beitragsjahren und 40 Versicherungsjahren trotz einer Aufwertung von Zeiten des Niedriglohnbezugs oder langer Arbeitslosigkeit sowie einer verbesserten Berücksichtigung von Teilzeitarbeit während Kindererziehung/ Pflege unter diesem Betrag bleibt und bedürftig ist. 31% der Rentenzugänge mit 40 und mehr Versicherungsjahren erzielt unterdurchschnittliche Rentenanwartschaften. Bei 30 Beitragsjahren entspricht ein früheres Einkommen von durchgängig 2/3 des Durchschnitts eine Rente von 562 Euro.

- **Ausbau der betrieblichen Altersversorgung:** Eine flächendeckende Ausbreitung der Betriebsrenten ist unter den bestehenden Bedingungen unrealistisch. Die Entgeltumwandlung wird nach einer Befragung unter Betriebsräten von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern nur zu 39% genutzt. Die im Konzept vorgeschlagene „Opt-Out-Regel“ in Kombination mit einer Verpflichtung der Arbeitgeber ein Angebot zu unterbreiten, wird eine neue Dynamik in Gang setzen.
- **Einbeziehung ungesicherter Selbstständiger:** Der Anteil Selbstständiger an den Erwerbstätigen ist in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen. Problematisch daran: 2 Mio. Soloselbstständiger verfügen zumeist über ein geringes Einkommen und sind für den Ruhestand nicht abgesichert. In Zukunft wollen wir alle Erwerbsformen und damit auch Wechsel zwischen unterschiedlichen Beschäftigungsverhältnissen absichern. Dafür werden wir ein spezielles Tarif- und Beitragsrecht anbieten.
- **Angleichung der Rentenbemessung in Ost und West:** Mehr als 20 Jahre nach der Wiedervereinigung und entsprechend der Tatsache, dass sich die Löhne nicht nur in Ost und West sondern auch in anderen Regionen Deutschlands deutlich unterscheiden können, müssen wir handeln. Wir werden die Angleichung der Rentenberechnung in Stufen bis zum Jahr 2020 abschließen und zugleich den Aufwertungsfaktor abschaffen. In einem ersten Schritt werden sofort alle pauschal bewerteten Versicherungszeiten (Kindererziehungszeiten usw.) einheitlich mit dem aktuellen Rentenwert berechnet.

Für flexible Übergänge in die Rente

Gerade für Beschäftigte, die bereits heute aufgrund hoher Arbeitsbelastung oder Invalidität nicht bis zum 65. Lebensjahr arbeiten können, muss der Übergang ins Rentenalter ohne große Einkommensverluste ermöglicht werden:

- **Abschlagsfreie Rente nach 45 Versicherungsjahren:** Ab einem Alter von 63 Jahren wird es in Zukunft möglich sein, ohne Abschläge in Rente zu gehen. Ein knappes Drittel der Neurentner könnte gegenwärtig diese Möglichkeit nutzen. Gerade für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in besonders belastenden Berufen wäre ein Renteneintritt ohne größere finanzielle Verluste

te geradezu eine Erlösung, weil hier nur im Ausnahmefall die Regelaltersgrenze erreicht werden kann.

- **Ausbau der Teilrente:** Wir regeln die Bedingungen neu und führen eine Teilrente ab dem 60. Lebensjahr ein, die eine deutlich flexiblere Handhabung ermöglichen wird. Die Zahlen der Inanspruchnahme verdeutlichen, dass dies dringend notwendig ist: Im Jahr 2011 haben nur 623 Versicherte den Rentenzugang über die Teilrente genutzt.
- **Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente:** Vorgesehen ist die Verbesserung der Berechnungsgrundlagen. Darüber hinaus werden die für alle vorzeitigen Rentenzugänge geltenden Abschläge bei Erwerbsminderung abgeschafft, weil hier der Rentenzugang krankheitsbedingt und nicht frei gewählt ist. Die Abschläge belasten die Renten mit durchschnittlich 77 Euro monatlich. Zusätzlich wird die Verbesserung der Zurechnungszeiten volle Erwerbsminderungsrenten im Schnitt um 45 Euro im Monat erhöhen. Erleichterte Möglichkeiten für **Zusatzbeiträge** an die Rentenversicherung werden dazu dienen, gerade in stark belastenden Tätigkeiten den Zeitpunkt für den Renteneintritt flexibler zu gestalten.
- **Die Rente mit 67 bleibt ausgesetzt:** Die Anhebung des Renteneintrittsalters ist erst dann möglich, wenn die rentennahen Jahrgänge, also die 60 – 64-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, mindestens zu 50% sozialversicherungspflichtig beschäftigt sind.

Für eine solide Finanzierung

Die Finanzierung erfolgt durch den Aufbau einer Demografiereserve in der gesetzlichen Rentenversicherung, die die vorgesehene Beitragssatzentwicklung vorwegnimmt. Dies bedeutet, ein moderates stetiges Ansteigen des Beitragssatzes auf 22% wie auch das Modell des DGB es vorschlägt. Das sind jedes Jahr 2,60 Euro mehr *Beitrag* für den Durchschnittsverdiener. Die Ausgaben für die Solidarrente werden aus Steuern finanziert.

CDU/ CSU und FDP kritisieren die angeblich zu hohen Kosten. Wir wären aber keine Sozialdemokraten, wenn uns die Bekämpfung von Altersarmut und die Aufrechterhaltung eines ausreichenden Lebensstandards im Alter nicht die einzusetzenden Mittel Wert wären. *Was den Menschen dient, muss immer im Vordergrund stehen und hilft der sozialen Marktwirtschaft.*

Uns muss klar sein, dass die demografisch bedingten und die vom Wandel der Arbeitswelt verursachten Veränderungen ohnehin einen erheblichen finanziellen Mehraufwand verursachen werden, wenn wir den Menschen in Zukunft einen auskömmlichen Ruhestand ermöglichen wollen. Das kann keine Re-

form ändern! Tun wir nichts, wird uns die Realität in Form von steigenden Aufwendungen für die Grundversicherung im Alter und wachsender sozialer Ungleichheit einholen.

Unsere Argumente

Unsere Pläne bleiben nicht bei Änderungen in der gesetzlichen Rente stehen, sondern reichen vom Arbeitsmarkt bis zur Verbesserung der betrieblichen Alterssicherung. Die gesetzliche Rentenversicherung ist der falsche Ort, um die Probleme auf dem Arbeitsmarkt dauerhaft zu korrigieren. Ohne gute Arbeit und die Bekämpfung von Erwerbsarmut kann im Ruhestand weder der Lebensstandard gesichert noch Altersarmut verhindert werden. Die politischen Mitbewerber ignorieren dies. Sie schüren zwar Angst vor Altersarmut, behandeln aber nur Symptome und auch dies nur unzureichend. Die sogenannte Lebensleistungsrente nach Plänen der Bundesregierung verdeutlicht deren Ignoranz: Nur 2% der Geringverdiener dürften nach dem Modell der CDU/CSU Verbesserungen in Höhe von 10 bis 15 Euro über dem Grundsicherungsniveau erwarten. Das hilft nicht, stellt aber die gesetzliche Rentenversicherung in Frage und bringt sie um ihre Akzeptanz.

Wir müssen sobald wir in Regierungsverantwortung sind, die Probleme auf dem Arbeitsmarkt anpacken. Nur mit der Bekämpfung von Erwerbsarmut können wir auch Altersarmut aus Deutschland fernhalten. Dennoch sind oder waren schon jetzt viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer prekär beschäftigt oder von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen. Wir bessern daher diejenigen Renten auf, die bereits von negativen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt erfasst worden sind. Langfristig müssen wir die gesetzliche Rentenversicherung zur Erwerbstätigenversicherung ausbauen, das stärkt deren finanzielle Basis, hilft dabei Beitrag und Leistung in einem angemessenen Verhältnis zu halten und stärkt die Solidarität.

Wir setzen Maßstäbe für die zukünftige Alterssicherung. Die politischen Mitbewerber werden es schwer haben, dem etwas Gleichwertiges entgegenzusetzen. Ihnen fehlt das klare Bekenntnis zur gesetzlichen Rentenversicherung, daher vermögen auch ihre „Rezepte“ nicht zu helfen.



Anton Schaaf ist Rentenexperte der SPD-Bundestagsfraktion

Aufgabenschwerpunkte: Wirtschaft und Medien

- Seit 2002 direkt gewählter Bundestagsabgeordneter im Wahlkreis Köln I

Funktionen und Mitgliedschaften im Deutschen Bundestag

- Medienpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Vorsitzender des Ausschusses für Wirtschaft und Technologie
- Stellv. Mitglied in der Enquete-Kommission „Internet und digitale Gesellschaft“
- Stellv. Mitglied im Ausschuss für Kultur und Medien
- Mitglied im Unterausschuss „Neue Medien“
- Mitglied im Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion
- Mitglied im Vorstand der NRW-Landesgruppe der SPD-Bundestagsfraktion
- Berichterstatter der SPD-Fraktion für Medien, Telekommunikation und Raumfahrt

Sonstige Funktionen

- Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur für Elektrizität, Gas, Telekommunikation, Post und Eisenbahnen (Regulierungsbehörde)
- Mitglied der Medienkommission beim SPD-Parteivorstand / Koordinator für den Gesprächskreis „Digitale Infrastruktur“

Die Büros in Berlin und Köln

Abgeordnetenbüro Berlin

Martin Dörmann, MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Besucheradresse:

Konrad-Adenauer-Straße 1,
Paul-Löbe-Haus, Raum 7.340
Tel.: 030 / 227 734 18
Fax: 030 / 227 763 48
martin.doermann@bundestag.de

Mitarbeiterteam

Stefan Stader (Büroleiter),
Dr. Matthias Dahlke,
Marcel Röthig

Öffnungszeiten

Sitzungswochen
Mo.– Fr.: 8:30 bis 19 Uhr
Sitzungsfreie Wochen
Mo.- Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 17 Uhr

Bürgerbüro Porz (Wahlkreisbüro – Gemeinschaftsbüro mit Jochen Ott, MdL)

Hauptstraße 327
51143 Köln (Porz)
Tel.: 02203 / 521 44
Fax: 02203 / 510 44
martin.doermann@wk.bundestag.de

Mitarbeiterteam von Martin Dörmann

Tim Cremer (Büroleiter),
Nadesha Klugiewicz,
Ralf Steinmeier (Webmaster)

Öffnungszeiten

Mo. bis Do.: 10 bis 17 Uhr
Fr.: 10 bis 13 Uhr

Bürgerbüro Kalk (Gemeinschaftsbüro mit Stephan Gatter, MdL)

Kalker Hauptstraße 212
51103 Köln (Kalk)
Tel.: 0221 / 870 43 02
Frank.heinz@landtag.nrw.de

Mitarbeiter von Stephan Gatter

Frank Heinz

Öffnungszeiten

Mo., Mi.: 9 bis 12 Uhr
Di., Do.: 14 bis 17 Uhr
Fr.: 12 bis 15 Uhr

Bürgerbüro der Kölner SPD-Bundestagsabgeordneten

Magnusstraße 18b
50672 Köln (Innenstadt)
Tel.: 0221 / 169 195 77
Fax: 0221 / 169 195 79
koelner-spd-mdb@netcologne.de

Mitarbeiterin

Claudia Brock

Öffnungszeiten

Mo.– Do.: 9 bis 18 Uhr
Fr.: 9 bis 14 Uhr

Sitzungswochen des Deutschen Bundestages

Letzte Sitzungswoche **2012**: 50. KW.; Sitzungswochen **2013** bis Juli: 3., 5., 8., 9., 11., 12., 16., 17., 20., 23., 24. und 26. KW. Eine Übersicht ist abrufbar unter:

www.bundestag.de/parlament/plenargeschehen/sitzungskalender/index.html

BERLIN DEPESCHE

Zeitung für den Bundestagswahlkreis Köln I (Porz, Kalk, nördliche Innenstadt)

HERAUSGEBER

Martin Dörmann, MdB,
Deutscher Bundestag,
Platz der Republik 1,
10111 Berlin

REDAKTION

Martin Dörmann (verantwortlich),
Nadesha Klugiewicz, Tim Cremer,
Marcel Röthig

BILDNACHWEIS

Martin Hospach: S. 1;
Büro Dörmann: S. 2, S. 3, S. 4, S. 5,
S. 6, S. 7, S. 8, S. 9, S. 14;
Roland Schriefer: S. 3 unten links;
Karl Lauterbach: S. 4 oben links;
SPD-Bundestagsfraktion: S. 13.

ERSCHEINUNGSWEISE

Die Berlin Depesche erscheint etwa fünfmal im Jahr. Sie wird auf der Homepage eingestellt sowie per eMail an einen besonderen Verteiler versendet.

E-MAIL VERTEILER

Wer in den eMail-Verteiler aufgenommen werden möchte, sendet eine Nachricht an:

martin.doermann@bundestag.de

(Mitglieder bitte mit Angabe des Ortsvereins)

FRÜHERE AUSGABEN

Frühere Ausgaben sowie Themen-Sonderausgaben sind auf der Homepage eingestellt.

HOMEPAGE

www.martin-doermann.de

